

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

22 (23.1.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 25. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

25. öffentliche Sitzung

am Dienstag den 21. Januar 1902.

Am Regierungstisch: Staatsminister v. Brauer, Finanzminister Dr. Buchenberger, die Präsidenten: des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. Schenkel, des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Staatsrath Freiherr v. Dusch, Staatsrath Dr. Reinhard und Regierungskommissäre.

Präsident Günner eröffnet die Sitzung um 9¹/₄ Uhr.

Nach Anzeige der Einläufe wird die allgemeine Finanzdebatte fortgesetzt.

Abg. Dr. Wildens hält eine Ansprache über eine Reform der Personentaxe nicht für angebracht, bevor die Regierung sich über diese Frage geäußert habe. Ebenso werde zweckmäßigerweise der Vorschlag des Abg. Frühauß, eine besondere Tariffkommission einzusetzen, vorerst — bis nach der Aeußerung der Regierung — zu vertagen sein. Niemand werde einen Anstoß daran nehmen, wenn unsere Eisenbahnschuld in den nächsten Jahren bedeutend vermehrt werde, komme doch all das angewendete Kapital der Verbesserung der Bahnen zu statten. Doch eine ungemessene Erhöhung der Schulden sei nicht zu empfehlen. Den Zuschuß aus der allgemeinen Staatskasse müsse man auch dieses Jahr wieder genehmigen, um eben ein allzu rasches Anwachsen der Schuld zu verhindern. Dem Herrn Finanzminister könne er gewiß unter Zustimmung des Hauses das Zeugniß ausstellen, daß er stets wahrheitsgetreu und durchaus sachlich den Zustand des Staatshaushalts dargestellt habe.

Dem Kleinbahnwesen müsse man wohl besonderes Interesse zuwenden. Den darauf bezüglichen Vorschlägen des Abg. Frühauß stehe er sympathisch gegenüber. Es sei aber, besonders durch das Verdienst des Herrn Staatsministers, schon sehr viel in dieser Hinsicht geschehen.

Unsere Städteordnung scheine ihm keineswegs so veraltet und verrostet, wie der Abg. Frühauß behauptet habe. In der Darstellung der großen Uebelstände, die aus der Verbindung des Stadtrathsamts mit Sitz und Stimme im Stadtverordnetenkollegium resultiren, scheinen ihm große Uebertreibungen zu liegen.

Das Verlangen nach einer allgemeinen Revision des Gehaltstarifs scheine ihm gerechtfertigt. Er hoffe auch, daß die Finanzverhältnisse in den nächsten zwei Jahren sich so gebessert haben werden, daß ohne Steuererhöhung die Durchführung dieses notwendigen Wertes möglich sein werde.

Das vom Herrn Staatsminister entwickelte Regierungsprogramm habe ihn und seine politischen Freunde vollauf befriedigt. Auch die nationalliberale Partei wolle sich der Regierung gegenüber ihre volle Selbständigkeit wahren. Wenn ihre Anschauungen sich bisher sehr oft mit denjenigen der Regierung deckten, so habe die nationalliberale Partei doch niemals unbedingt die Rolle einer Regierungspartei gespielt. So werde es auch weiterhin sein. Es sei zwar ein großer Theil der politischen Aufgaben an das Reich übergegangen, aber es wäre eine Verkennung der Sachlage, wenn man glauben wollte, daß dem Einzelstaat nur noch wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben verblieben seien. Er erinnere nur an die Kirchen- und Schulpolitik, sowie an die Verfassungsreform. Wenn er in seiner vielbesprochenen Rede über das Wahlrecht geschwiegen habe, so sollte darin nicht die Thatsache zum Ausdruck kommen, daß seine Partei die frühere Stellung zu dieser Frage aufgegeben habe. Er fühle sich verpflichtet, zu erklären, daß seine Partei nach wie vor auf dem in ihrem Initiativantrag zum Ausdruck gekommenen Standpunkt stehe. Als „Angelpunkt“ der gesammten inneren Politik könne er jedoch die Wahlrechtsfrage nicht gelten lassen, so wichtig und nach Lösung drängend sie auch sei. Redner erörtert und begründet des weiteren die bekannte Stellung der nationalliberalen Partei zu der Wahlrechtsfrage. Mit Bedauern habe er die Erklärung der Regierung vernommen, wonach wohl auf diesem Landtag eine Einigung nicht werde zu Stande kommen können. Allerdings, wenn die Regierung daran festhalte, in die Zweite Kammer Interessendvertreter zu bringen, so werde eine Einigung nicht möglich sein, da man auf dieser Seite des Hauses den festen Willen habe, in dieser Hinsicht nicht nachzugeben. Diese Interessendvertreter gehören in die Erste Kammer. Der nationalliberale Vorschlag sei ein Vermittlungsvorschlag, den die Regierung sehr gut annehmen könne, ohne ihr Prinzip aufgeben

...folaus ...
...und Regi...
...vertrag ...
...die allg...
...vereinb...
...reas De...
...ler, beide...
...ag vom ...
...vereinb...
...ermögen ...
...s durch ...
...se beein...
...r allein...
...en der ...
...n es geh...
...en Verp...
...treitung...
...ag zu le...
...t vorhand...
...cht aus ...
...800 M. ...
...olf Eugel...
...gustia ge...
...Durch ...
...1901 wu...
...schaft na...
...B. B. ...
...dolf Bu...
...arolina ge...
...bach. Dur...
...ember 1901...
...gemeins...
...er Gro...
...er, beide...
...ertra...
...vom ...
...allgeme...
...t.
...Biele...
...n und ...
...ertrag ...
...die allg...
...reinb...
...er Ster...
...3, beide...
...vom 23...
...Ertrun...
...Als Vor...
...rde erkl...
...n 5 000 ...
...n 5 612 ...
...1902.
...t.
...P. 741.
...ter wu...
...Müller...
...geb. Gro...
...Dezember...
...a des ...
...18. De...
...errenn...
...26 ff. ...
...frau w...
...und ...
...ogen.
...r 1902.
...P. 755.
...r Band I...
...ragen:
...Mitolaus...
...nd Maria...
...Dezember...
...tten die...
...gemäß...
...t.
...r 1902.
...I.
...tirt
...1902.
...sche
...erie
...andes
...dürf...
...leren
...A. van...
...E. B...
...G. ...
...L...
...o.
...427.17
...E.

zu müssen. Die Einführung des direkten Wahlrechts werde einen großen Aufschwung unseres Volkes, insbesondere seiner politischen Betätigung, zur Folge haben. Niemals werde man — wie jetzt — es für vornehm halten, sich von Politik und politischen Parteien fernzuhalten. Unter dem Beifall des Hauses rechtfertigt Redner zum Schlusse die Parteipolitik, die für das Volkswohlergehen nur günstig wirken könne, sofern die Parteien die Verfolgung der allgemeinen nationalen Interessen auf ihre Fahne schreiben.

Abg. Febr. v. Stockhorner erklärt, daß er und seine politischen Freunde dem Herrn Finanzminister ihr vollstes Vertrauen entgegenbringen.

Uebergend auf den Zolltarif betont Redner den großen Unterschied in der Temperatur der Freundschaft zur Landwirtschaft heute und vor 20 Jahren. Mit großer Genugthuung konstatiert er, daß man heute allgemein der Landwirtschaft große Sympathie entgegenbringe. Er danke dem Bunde der Landwirthe, dem Landwirtschaftsrath und allen, die dafür thätig waren, ihre großen Bemühungen zum Schutze der Landwirtschaft. Zu bedauern sei nur, daß man noch keine Landwirtschaftskammer gehabt habe, sonst wäre ein Schutz schon früher erreicht worden. Die „mittlere“ Linie, nach der die Regierungen suche, scheine ihm nicht die richtige zu sein. Im Schutze müßte man weiter gehen. Das habe die Regierung ja bezüglich der Tabaks selbst eingeräumt. Die Erklärung, warum sich die Regierung mit dem niedrigeren Zollsatz begnüge, habe ihn aber vollauf befriedigt. Man müsse eben ein Einverständnis auf Grund gegenseitigen Nachgebens erzielen. — Der Zollsatz werde keineswegs nur dem großen Landwirth zu Gute kommen. Der Landwirth erkläre sich stets solidarisch mit der Industrie, darum widerspreche er auch dem Zoll auf seine notwendigen Geräthschaften nicht. Er verlange nur für seine Produkte den gleichen Schutz.

Daß der Zoll den Brodpreis bestimme, sei unrichtig. Die Brodpreise richten sich nicht allein nach den Getreidepreisen, viele andere Faktoren wirken bei der Preisbildung mit, und dem Zolle könne man auch nur eine solche sehr mäßige Mitwirkung zuschreiben. Das Hauptmoment für die Preisbildung war und sei noch die Spekulation. Der Zoll und die dadurch bedingte Stärkung der inländischen Getreideproduktion werde gerade dieser Spekulation gegenüber wohlthätig wirken. Nicht das Inland, sondern das Ausland trage den Zoll, auch werde keineswegs der Abschluß von Handelsverträgen durch die Zollerhöhung hintangehalten. Schon die Gerechtigkeit verlange, daß bei der durch die Vertheuerung der Lebenshaltung bedingten Steigerung der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne, auch dem Landwirth eine entsprechende Steigerung seines Einkommens gegönnt werde. Wenn wir unser Volk stark sehen wollen, so müssen wir alle Glieder des Volkes gesund erhalten, wir müssen mit einem Worte uns auf eine gesunde Heimathspolitik besinnen. (Beifall.)

Abg. Wacker bedauert, daß in die allgemeine Finanzdebatte Momente hineingetragen worden seien, die streng nicht dahin gehörten. Dadurch seien die Verhandlungen unverhältnißmäßig in die Länge gezogen worden. Zum Glück habe man unter den Parteien eine Vereinbarung zu Stande gebracht, wonach auf allen Seiten des Hauses Redner auf das Wort verzichteten.

Redner bedauert, daß so sehr viele ungemäßigte Ausdrücke in der Debatte fielen wie „Brodwucher“, „Hungerriemen“ und andere mehr. Keiner einzigen Gesellschaftsklasse gegenüber dürfe man ungerecht sein, jede Klasse — auch die „ostelbischen Junker“ — haben einen Anspruch darauf, daß ihr Fortkommen nicht ungebührlich erschwert werde. Im Verlaufe der Debatte sei von einer Beschimpfung der Arbeiter die Rede gewesen. Besonders

habe man gegen die Rede des Abg. Burkhard diesen Vorwurf erhoben. Er sei ganz ungerechtfertigt. Man müsse einen Unterschied machen zwischen ehrbaren Arbeitern und Lumpen und nicht bei jedem Vorwurf gegen einen Theil der Arbeiterchaft dürfe man von einer „Beschimpfung“ des gesammten Arbeiterstandes reden. Die Rüge von handener Mißstände sei eine allgemeine Pflicht, deren Erfüllung man sich nicht beeinträchtigen lassen dürfe.

Gegen eine Bemerkung des Abg. Dreßbach bemerkte Redner, es scheine ihm sehr zweifelhaft ob der Amtsverstand, dem er ein Recht des Eingriffs unbedingt zugesprochen müsse, mit der Veröffentlichung eines Erlasses über die schlimmen Zustände der Dienbotenbeschäftigung den richtigen Weg beschritten habe, wenn er darin verschiedene einzelne Vorkommnisse in dieser Art verallgemeinerte.

Redner ist der Ansicht, daß man bezüglich der Ueberwachung der Versammlungen an die Sozialdemokratie keinen andern Maßstab anlegen dürfe als andere Parteien auch. Aber man dürfe auch nicht den Verdacht aufkommen lassen, als ob die Regierung einen besonders eigenthümlich gefärbten Respekt vor der Sozialdemokratie habe. — Die Rede des Herrn Ministers Schenkel im Jahr scheine ihm — im Gegensatz zu seiner eigenen Behauptung — durchaus unrichtig wiedergegeben zu sein. Durch Weglassung des ersten Theils habe die Rede einen ganz andern Sinn bekommen. Er hoffe, daß dieser Umstand dazu beitragen werde, daß das Amtsverkündigerwesen beseitigt werde.

Schließlich wendet sich Redner gegen den vom Herrn Minister Schenkel gegen den Abg. Schüler erhobenen Vorwurf, seine Forderungen hinsichtlich des Quebrachzolls seien ungemessen. Vor nicht zu kurzer Zeit habe man dem Abg. Schüler in den Amtsverkündigern gerade den gegentheiligen Vorwurf gemacht.

Dem Herrn Finanzminister muß Redner sein volles Vertrauen aussprechen. Doch glaube er, daß der Gehalt eines solchen Reforts frei sein müßte von einer Empfindsamkeit, wie sie die der Einladung des Abg. Frühaufer gewordene Erwiderung gezeigt habe.

Aus der Rede des Herrn Justizministers habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß der Abg. Heimburger dem fraglichen Flugblatt völlig fern gestanden habe, daß also die ihm gewordene Mißbilligung durchaus ungerechtfertigt sei. — Der Abg. Fendrich habe den Abg. Hug des Widerspruchs mit sich selbst bezichtigt. Er müsse erklären, der Abg. Hug habe mit seinen sehr interessanten Finanzausführungen noch nie den Verdacht erregen können, als wechsle er seine Ansichten von Jahr zu Jahr. Im Gegentheil halte er mit großer Fähigkeit an dem von ihm als richtig Erkannten fest. Mit jener Reichstagsrede des Abg. Hug, die er an einen Angriff des Abg. Bebel gegen das Centrum anknüpfte, sei es gerade so gegangen wie mit der Lahrer Rede des Herrn Ministers Schenkel.

Was das Centrum selbst anlangt, so müsse er sagen, es schiene ihm sehr bedenklich, wenn die Sozialdemokratie im allgemeinen ihm ein gutes Zeugniß ausstellen würde. Denn bei der allgemeinen horrenden Geschäftigkeit, Unwahrheit und Parteilichkeit habe sich die sozialdemokratische Presse unfähig gezeigt, das Centrum gerecht und wahr zu beurtheilen. (Beifall.)

Der Abg. Dr. Wilkens habe über die Korrektur der Meinung der Urwähler geklagt, die veranlaßt worden sei durch das indirekte Wahlsystem. Diese Beurtheilung des einzelnen, dem Abg. Wilkens vorschwebenden Falls von Billingen und Neustadt beruhe übrigens auf Irrthum. Bei direkter Wahl wäre der Centrumskandidat mit noch größerer Majorität gewählt worden. Redner schließt sich dem Wunsche des Abg. Dr. Wilkens vollständig an, es

möchten sich alle Kreise der Bevölkerung recht ernstlich um die Erledigung ihrer staatlichen Aufgaben bemühen, insbesondere durch Theilnahme an den Wahlen zur Volksvertretung.

Die vom Abg. Frhr. v. Stockhorner betonte Schwankung der Regierung zugunsten der Landwirtschaft habe sich im Jahre 1878 vollzogen. Die konservative Partei Badens, auf die er übrigens nicht gut zu sprechen sei, habe das Verdienst, auf eine solche Schwankung wesentlich hingearbeitet zu haben.

Zur Beurtheilung der landwirthschaftlichen Fragen, die Gegenstand der Verhandlung im Parlamente seien, brauche man nicht praktischer Landwirth zu sein; ja er halte es für sehr wünschenswerth, daß neben praktischen Landwirthern, die immer der Gefahr ausgesetzt seien, die Verhältnisse ihrer engeren Heimath auf das ganze Land auszuweihen, auch andere Leute zum Worte kommen. Die Landwirtschaft, auf sich selbst gestellt, sei außerstande, sich vorwärts zu bringen. Es gebe keinen Stand, der so sehr unter den öffentlichen Lasten leide, wie gerade die Landwirtschaft. Die sozialpolitische Aera, gegen die er nicht ankämpfen wolle, sei der Grund dafür, daß der Landwirthschaft die Lebenshaltung so unverhältnißmäßig erschwert wurde. Nicht an letzter Stelle durch die Sozialdemokraten sei in die Arbeiterwelt, auf die der Landwirth angewiesen sei, ein Geist eingezogen, der dem Bauer die Arbeit unendlich erschwere: der Geist des Egoismus, der Rücksichtslosigkeit. Man sei gerne bereit, der Landwirtschaft Vorschläge zur Verbesserung ihres Betriebs zu machen. Im allgemeinen aber sei es zu begründen, daß der Landwirth am Allen hänge, denn Experimentieren koste Geld, und der Landwirth sei am wenigsten in der Lage, ein Risiko zu tragen. Abhängiger als der Landwirth mit seinem Betrieb sei sonst niemand. Je reicher die Ernte aber einmal sei, um so mehr sinke der Preis. Was für den Arbeiter die Arbeitswaare sei, das sei für den Bauer die Brodwaare; und habe der Arbeiter das Recht, zu verlangen, daß sein Arbeitslohn für die Beschaffung seiner Existenzmittel hinreiche, so müsse man gerechterweise dem Landwirth dasselbe Recht bezüglich des Ergebnisses seiner Arbeit zusprechen. Der Arbeiterstand sei bei weitem wirtschaftlich stärker als der Bauernstand, und wenn wirklich — was er nicht glaube — die Zollerhöhung eine Steigerung der Brodpreise zur Folge hätten, so hätte der Arbeiter auch die Mittel in der Hand, diesen Ausfall wieder wettzuschlagen, insbesondere werde sein Arbeitslohn um so viel steigen, daß der gesteigerte Aufwand vollständig gedeckt werde.

Der Herr Staatsminister habe mit seinen Ausführungen vom letzten Samstag Beifall gefunden, mit dem Ende seiner Rede jedoch auf Redners Seite nicht. Solche Worte seien seit Jahrzehnten vom Regierungstische aus nie gesprochen worden: Bei der Ernennung eines fünften Mitglieds des Staatsministeriums habe die Konfession eine mitbestimmende Rolle gespielt. Das habe den Abg. Fröhlich in seinen staatspolitischen Auffassungen verfehlt, er habe das als Erfolg der „konfessionellen“ Politik Bader's erklärt. Wer seine Politik eine „konfessionelle“ nenne, der kenne seine Partei nicht. Für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft müsse er diesen Vorwurf einer konfessionellen Politik seiner Partei entschieden zurückweisen. (Beifall.) Das Centrum habe noch nie den Anspruch erhoben, daß nach konfessionellen Rücksichten die Aemter besetzt werden sollen. Man verlange nur, daß die Konfession kein Hinderniß sein solle, daß einem tüchtigen Anwärter auf eine Stelle dieselbe übertragen werde. Das Centrum habe viel gelitten unter dem Einfluß konfessioneller Politik auf dem persönlichen und noch mehr auf dem sachlichen Gebiete. — Bei der Auswahl der

Persönlichkeit des fünften Ministers mußte man nothwendiger Weise auch auf die Person des Herrn Staatsrath Dr. Reinhard gerathen, selbst wenn er protestantisch gewesen wäre. Redner möchte überhaupt glauben, daß die Kreise im Lande nicht groß seien, in denen die katholische Konfession des Herrn Staatsraths Dr. Reinhard bekannt war. Man werde seine Ernennung also kaum als „Zugeständniß“ an das Centrum erklären können. Wenn man aber von Seiten der Regierung dem Centrum Zugeständnisse machen wolle, so werde es an Gelegenheit dazu nicht fehlen. Er halte es als durchaus angebracht, daß die Regierung mit katholischen Elementen vermischt sei, insbesondere solle auch im Ministerium des Innern die katholische Konfession kein Hinderniß der Anstellung sein. In diesem Sinne begrüße er die Erklärung des Herrn Staatsministers, begrüße er es insbesondere auch, daß auf der anderen Seite des Hauses sich kein Widerspruch erhob, daß allein der Vertreter des Freisinn sich berufen fühlte, zu widersprechen.

Die Versicherung des Staatsministeriums, eine Stellung außerhalb oder neben den Parteien einnehmen zu wollen, glaube er dem heutigen Ministerium thatsächlich eher als dem früheren. Man habe das volle Vertrauen, daß diese Versicherung wahrgemacht werde. Das Programm des Staatsministeriums habe seitens der national-liberalen Partei Billigung erfahren mit einer Einschränkung, die auch er machen müsse. Auf vielen Gebieten bleibe uns, trotz der weitgehenden Kompetenz des Reiches, die Selbstbetheiligung. Vor allem sei zu wünschen, daß unsere Vertreter im Bundesrath ein recht kräftiges Wort mitreden im Sinne einer Ausgestaltung unseres Staatslebens auf der Grundlage des historisch Gewordenen. Der politische Ruf Badens rechtfertige das Verlangen, im Bundesrath ein gewichtigeres Wort mitzureden als es an sich der Größe und Einwohnerzahl Badens entspreche.

An der Hand historischer Thatfachen weist Redner nach, daß jahrelang ein heftiger politischer Kampf entbrannt war über die Stellung der Regierung zur national-liberalen Partei. Insbesondere habe das „Ministeraspirantentend“; das heute noch nicht überwunden sei, eine schlimme Rolle gespielt. Hieraus erhele, daß die Worte des Abg. Dr. Wildens: Die liberale Partei sei noch niemals Regierungspartei gewesen, auf historischem Grunde nicht beruhten. Man habe sogar in früheren Jahren die Forderung erhoben, daß kein Minister ohne vorhergehende Verständigung mit der national-liberalen Partei ernannt werde. Dies stehe in direktem Widerspruch mit den Ausführungen des Abg. Dr. Wildens, insofern sie den gegenwärtigen Zustand als stets vorhanden behaupten. Eines wolle er noch beifügen: „wenn die um Wildens — ich bin erfreut, nicht mehr sagen zu müssen „um Fieser“ — Versammelten statt 22 noch 42 betrügen, so würden wir die heutige Erklärung sicherlich nicht gehört haben“.

Das Centrum habe seine Opposition stets auf die Gebiete beschränkt, in denen eine grundsätzliche Verschiedenheit bestehe; es habe auch nie eine Politik des Rörglerthums verfolgt. Die Großh. Regierung möchte er noch bitten, darauf zu dringen, daß die staats- und kirchenpolitischen Mißstände beseitigt werden, die seine Partei schon Jahre lang bekämpft habe. Insbesondere die Wahlrechtsfrage verlange nach einer Erledigung, ebenso müssen die im Zeitalter ausgeprägtesten Gegenjages in's Leben gerufenen kirchenpolitischen Bestimmungen heute aus der Welt geschafft werden. Es handle sich um Beseitigung überlebter politischer und konfessioneller Vorurtheile. — Dem Ministerium des Innern müsse man das Lob aussprechen, daß es bei den diesmaligen Wahlen eine durchaus passive und objektive Rolle gespielt habe. Einzelne wenige Vorkommnisse

müssen auf Rechnung der Gewöhnheit gesetzt werden, die bei den nächsten Wahlen ganz verschwunden sein werden. Er und seine Freunde wünschen, das Ministerium Brauer möge in seinem vollen Bestande noch recht lange auf seinem Platze bleiben, und man möge ihm dereinst das Lob aussprechen können, es sei das Ministerium der Gerechtigkeit, der Geradheit und der Unparteilichkeit gewesen. (Allseitiger Beifall.)

Abg. Dr. Binz will im Anschluß an die Bemerkungen des Abg. Frühauß als besonderer Vertreter Karlsruhe's seine Ansicht über die Städteordnung darlegen. Auch der Herr Oberbürgermeister Schneker sei keineswegs der Ansicht, die Städteordnung sei eine „alte verrostete Maschine“. Er sei zwar — wie Redner selbst — der Meinung, die Frage der Vorzüge des preussischen Systems sei wohl diskutabel. Unsere Städteordnung sei zwar noch allzu sehr zugeschnitten auf die alten kleinen Verhältnisse, insbesondere der Umstand, daß der Stadtrath in allen und den kleinsten Dingen die verantwortliche Stelle sei, scheine ihm, wie auch dem Herrn Oberbürgermeister, sich ganz überlebt zu haben, und lediglich in diesem Sinne habe der Letztere den Ausdruck „alte verrostete Maschine“ gebraucht.

Gehehend auf die Frage der Rheinkorrektion kritisiert Redner den Vorschlag, den Rhein nur bis Maxau schiffbar zu machen. Dieser Vorschlag beruhe auf einem engherzigen Standpunkt, man dürfe bei der Durchführung so wichtiger Projekte aber nicht nur ein einzelnes Gemeinwesen ins Auge fassen, sondern man müsse vielmehr das gesammte Volkswohl in Betracht ziehen. — In der Karlsruher Bahnhofsfrage konstatiert Redner, daß es nicht angängig sein dürfe, diese Frage als erledigt zu betrachten. Man müsse vielmehr immer noch in Rücksicht ziehen, ob der eingegangenen Petition nicht doch noch Folge gegeben werden müsse.

Der Vertreter einer großen Stadt müsse sich die Frage stellen, ob er nicht im Interesse der Stadtbewohner gegen eine Erhöhung der Getreidezölle stimmen müsse. Ein gewisser Theil der durch die Zollerhöhung bedingten Erhöhung der Brodpreise falle eben doch auf den Konsumenten. Und 6 oder 7, oder gar 30 M. seien für den kleinen Mann eben doch eine bedenkliche Mehrbelastung. Trotzdem er dies alles anerkenne, müsse er auch hier vom Standpunkte des Volkswertreters und des Volkswirths aus sich fragen, ob denn nicht das Schutzzollwesen überhaupt im Interesse des Vaterlandes liege. Und da müsse er aus all den von der Wissenschaft und der Praxis angeführten Gründen die Nothwendigkeit anerkennen, der nothleidenden Landwirtschaft durch Staatshilfe unter die Arme zu greifen. Nur dreierlei wolle er betonen: wenn es wahr wäre, daß das Inland den Zoll zu tragen hätte, so könnte es nicht verstanden werden, wie das Ausland ein so großes Wesen aus der Erhöhung der deutschen Getreidezölle machen könne. Dann sei auch der kleinste Bauer nicht so unverständlich, daß er nicht das über den unbedingt nothwendigen Bedarf hinausgewonnene Getreide verkaufte und dafür junge Schweine einkaufte. Auf diese Art lege der Bauer seinen Ernteertrag an und gewinne dadurch eine erkleckliche Summe. Sodann komme das Steigen des Getreidepreises auch dem kleinsten Bauer zu gute. Man dürfe das Steigen des Getreidepreises nicht ausschließlich vom Standpunkte des Konsumenten aus betrachten. Die Freihändler waren seit je nicht in einer bestimmten Partei zu suchen, sie sitzen auf allen Bänken. Wenn man nun immer mehr zu der Ansicht komme — in allen Parteien mehr oder minder — daß unser Volkswohlstand auf der Begünstigung der inländischen Produktionszweige beruhe, so sei dieser Wandel zum Schutzzoll nur zu begrüßen. Auch der Arbeiter komme zu

der Ueberzeugung, daß er nicht nur Konsument, sondern auch Produzent sei, und daß er Anspruch habe, für seine Produkte eine entsprechende Vergütung zu erhalten. Wenn nun die Arbeiter Fernhaltung billigerer Arbeit von der inländischen Arbeitsgelegenheit verlange, so müsse konsequenter Weise auch dem Landwirth derselbe Anspruch zugestanden werden. — Die Regierung bitte er, dem Rebbau besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, eine Erhöhung des bisherigen Zolles sei äußerst zu begrüßen.

Es sei bedauerlich, daß die Verathung des Zolltarifs zusammentraf mit der wirtschaftlichen Depression. Dies erschwere die Verhandlungen sehr wesentlich und hindere eine rasche Gefundung der Verhältnisse. Aber die Depression habe den Gedanken an eine Reichsfinanzreform besonders nahe gelegt. Diese müsse endlich zu Stande kommen. Unser Budget müsse pflichtgemäß aufgestellt werden unter dem Eindruck eines Matritularbeitrages von etwa 5 Millionen. Ihre schließliche Reduzierung auf 1 Million sei ja sehr erfreulich, zeige aber deutlich, wie schwankend, unklar und unübersichtlich unser Verhältnis zum Reich sei. Eine pflichtgemäße Vorsicht müsse die Befriedigung verschiedener dringender Bedürfnisse hintanhaltend, sobald man mit einem so hohen Matritularbeitrag rechnen müsse. Er möchte den Herrn Finanzminister bitten, fortzufahren in dem Bestreben, die Reichsfinanzen fester zu gestalten und die Staatsfinanzen unabhängig zu machen von einer so schwankenden Beziehung zum Reich.

Man müsse warnen vor übertriebenen Forderungen und Klagen auf sozialpolitischem Gebiet. Formvorschriften zum Vollzug der sozialen Gesetze sollten möglichst milde gehandhabt werden, sofern deren Uebertretung nicht auf Böswilligkeit beruhe. Man dürfe da nicht in bürokratischer und formalistischer Weise vorgehen, wodurch man die Arbeitgeber in ungerechter Weise noch mehr belaste.

Die Erklärung des Staatsministeriums, die Regierung werde auch in Zukunft in gemäßigt-liberalem Sinne geführt werden, habe auch ihn sympathisch berührt, insbesondere begrüße er das Bestreben, in nationalem Sinne zu wirken. Den Vorwurf der Unversöhnlichkeit, den der Abg. Wacker gegen die nationalliberale Partei von früher erhoben habe, müsse er entschieden zurückweisen. Das Schalmeyenblasen und Flibustenspiel des Abg. Wacker habe auf dieser Seite des Hauses durchaus keinen Widerhall gefunden. Und er fühle sich verpflichtet, zu erklären: wenn das Staatsministerium den Vorschlägen des Abg. Wacker folgen würde, so könnte er ihm sein Vertrauen nicht so aussprechen, wie er es mit Rücksicht auf seine Thaten könne. In den Worten des Herrn Staatsministers über die Berufung eines fünften Mitgliedes in das Staatsministerium könne er den Sinn nicht finden, den der Abg. Wacker darin gefunden habe. Er würde es als sehr beklagenswerth halten, wenn bei der Befetzung der Hochschullehrstühle, der Aemter u. konfessionelle Rücksichten maßgebend sein würden. In dem vorliegenden Falle handle es sich aber um rein thatsächliche Verhältnisse. Er halte es für ganz berechtigt, auch ein katholisches Mitglied in's Staatsministerium zu berufen, mit Rücksicht auf die nur einem solchen eigene Sachkenntniß für Fragen der Kirchenpolitik. Damit werde aber keine grundsätzliche Schwentung ausgeführt, das wäre sehr zu bedauern. Den Vorwurf des Abg. Wacker, die nationalliberale Partei habe konfessionelle Politik betrieben, müsse er aufs entschiedenste zurückweisen. Stets habe man allein das Staatsinteresse hochgehalten. Wogegen man sich stets wandte, das seien kirchenpolitische Machtbestrebungen, gegen die man stets einmüthig ankämpfen werde. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Das Centrum

treibe im allgemeinen wohl keine konfessionelle Politik, doch müßte er beklagen, daß es eine konfessionelle Partei sei. Wenn die Protestanten — was leider schon da und dort geschehen — dazu übergehen würden, selbst eine politische Partei zu bilden, so würde das für das Staatswohl sehr bedauerlich sein. In den Reihen aller anderen Parteien haben Angehörige aller Konfessionen Platz, und das allein könne dem Vaterland frommen. Die Versuche, die nationalliberale Partei in ihren Grundfäden in Gegensatz zu bringen zu den Grundfäden von ebendem werden überall als untauglich erkannt werden. (Beifall.)

Vizepräsident Lauck übernimmt den Vorsitz.

Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. Schenkel: Hochgeehrte Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich Sie bitte, mir noch für einige Worte Ihre Aufmerksamkeit zu leihen. Es gibt mir hierzu Veranlassung eine Bemerkung des Herrn Abg. Wacker speziell über das Verhalten der Großh. Regierung und ihrer Organe gegenüber dem Verhalten der Sozialdemokratie, eine Bemerkung, die immerhin geeignet sein kann, Mißverständnisse über das Verhalten der Regierung zu erzeugen, und welche ich daher heute nicht unwidersprochen hinausgehen lassen möchte. Der Herr Abg. Wacker hat ja mir gegenüber in dem letzten Abschnitt seiner Rede eine außerordentlich freundliche Gesinnung an den Tag gelegt. Ich kann ihm nur dankbar sein, wenn er in so aus dem Herzen kommenden Worten mir in Aussicht gestellt hat, es werde, soweit ich im Gebiet der inneren Verwaltung thätig bin, mir von allen Seiten, nicht bloß von der Partei, die er vertritt, das Vertrauen auf eine objektive, gerechte und nützliche Geschäftsführung entgegengebracht. Ich will mich gerne bemühen, soweit es meine schwachen Kräfte zulassen, diesem Vertrauen zu entsprechen. Der Herr Abg. Wacker findet zwar bei mir, daß mein politisches Vorleben nicht ganz ohne einige dunkle Punkte sei (Heiterkeit), und daß ich immerhin noch sozusagen besserungsbedürftig und besserungsfähig wäre. Und er selber hat in dem ersten Theil seiner Rede auch etwas dazu beigetragen, durch Warnung und Belehrung mich fortzubilden in dem Sinne, wie er es wahrscheinlich wünscht. Ich will nicht weiter eingehen auf die verschiedenen Besserungsversuche, die er mit mir gemacht hat. Er hat mir namentlich nicht gerade, glaube ich, in scharfer Form, doch so, daß ein gewisser Vorwurf darin liegt, gesagt, ich hätte bei der Behandlung des Herrn Abg. Schüler ein Zeugniß sozusagen unterschlagen, nur von dem ersten mir günstigen Zeugniß Gebrauch gemacht, dagegen das zweite ganz in den Hintergrund treten lassen. Wenn der Herr Abg. Wacker so freundlich ist, die gedruckten Verhandlungen des Landwirtschaftsraths zu lesen, in denen die Äußerungen einerseits des Herrn Abg. Schüler und andererseits die des Herrn Bürgermeisters Weiß von Eberbach stehen, und sie allein enthalten eigentlich das maßgebende Material, so wird er finden, daß der Vorwurf, wenn er überhaupt gemacht werden sollte, unbegründet ist.

Wenn er ferner mein Verhalten zu den Amtsverfälschungen nicht ganz korrekt findet, so haben wir wohl ja zu allseitiger Freude von ihm gehört, daß die Amtsverfälschungsfrage demnächst einer ausführlichen Behandlung in diesem Hause unterworfen werden soll. Und zweimal, glaube ich, braucht man eine derartige Frage hier nicht zu behandeln. Ich enthalte mich also hier jeder Gegenbemerkung. Dagegen kann ich es nicht ohne Erwiderung in das Land hinausgehen lassen, wenn der Herr Abg. Wacker der Regierung ein etwas bedenkliches Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie zur Last gelegt hat, ein wirklich bedenkliches Verhalten; denn der Herr Abg.

Wacker hat gesagt, wenn ich es mir recht notirt habe, es habe die Regierung und auch ich selber in den seitherigen Äußerungen und Handlungen einen gewissen Respekt, vielleicht einen mit Angst verbundenen Respekt vor der Sozialdemokratie an den Tag gelegt, ja es habe die Regierung die Sozialdemokratie geradezu als eine meistbegünstigte Partei, als eine Partei, der mehr Freiheit sogar noch zustehen soll als den anderen Parteien, zu behandeln gesucht. Ich weiß nicht, welche Äußerungen und welche Thaten den Herrn Abg. Wacker zu derartigen Andeutungen Veranlassung gegeben haben; meine Äußerungen hier in diesem Hause gewiß nicht; denn die Herren Sozialdemokraten selber werden mir es ja zugestehen, daß ich in aller Schärfe sowohl demjenigen gegenüber aufgetreten sei, was sie in diesem Hause gelegentlich der Arbeitslosenbedatte ge'agt haben, wie gegenüber demjenigen, was man in ihrer Presse zu lesen pflegt. (Abg. Fendrich: Wir können uns nicht beklagen.) Nun, da kann ich ja noch schärfer vorgehen. (Abg. Fendrich: O mein, umgekehrt!) Aber auch aus meinen Thaten ist gar nichts zu entnehmen, was zu den Bemerkungen des Abg. Wacker Anlaß geben konnte. Das einzige was angeführt wurde, ist, daß in neuerer Zeit die sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr in gleicher Weise und in gleichem Umfange durch polizeiliche Organe überwacht werden, wie früher. Das hat schon mein Herr Amtsvorgänger versprochen und angeordnet, und ich habe es gehalten, und ich werde es auch in Zukunft halten. Und wenn in Zukunft die Herren nicht mehr ihre Umsturzpläne zum Gegenstand ihrer Verhandlungen machen, wenn sie reale, wirtschaftspolitische Fragen in Ruhe und ohne Uebertreibung behandeln, ei, so wird es in Zukunft von selbst nicht mehr nothwendig werden, daß man jemand hineinwickelt, um diese Versammlungen zu beaufsichtigen.

Und endlich hat auch der Herr Abg. Wacker angedeutet, daß in dem Verhalten der Behörden etwas liege, was von einem nicht ganz gerechtfertigten Respekt der Behörden vor der sozialdemokratischen Partei und ihren Organen und ihren Vertretern spreche. Das habe ich einfach nicht verstanden.

Die sozialdemokratische Partei hat, wie die meisten andern Parteien ein doppeltes Gesicht; sie ist einerseits eine radikale Partei, und zwar mit einer eigenartigen Färbung; sie vertritt neben den allgemeinen radikalen Ideen, die auch das Programm der deutschen Volkspartei und der Deutschfreisinnigen enthält, besonders die Interessen der Industriearbeiter, die als eine vollkommen unterschiedslose Masse, meiner Ansicht nach mit Unrecht, in dieser Beziehung von ihr behandelt werden. Sie hat aber auch ein zweites, meist verschleierte Gesicht; das sind die weiteren Pläne und die weiteren Ziele, die die Sozialdemokratie hat; sie will eine vollständige Umgestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung und unserer Staatsordnung; sie will die vollständige Verstaatlichung, wenn nicht des Eigenthums, so doch aller Produktionsmittel und will einen Zustand herbeiführen, indem überhaupt der Staat, an dessen Spitze natürlich die sozialdemokratischen Führer stehen würden, die ganze Arbeit organisiert, vertheilt und leitet. Dies Ziel wäre nur zu erreichen, wenn man durchwatete durch ein Meer von Schlamm und Blut, und wenn sie drüben wären, würde man sich in einem großen Zuchthaus befinden; und es wäre nur zu erreichen unter gewaltfamer Aufwühlung des ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Dieses Ziel wird ja jetzt für einige Zeit, weil es eben gerade opportun ist, in den Schrank und in die Schublade gelegt, aber sie haben es noch nicht irgendwie als aufgegebenes Ziel bezeichnet. Man behält sich immer vor, mit diesem Ideal zu agitiren und dieses Ideal rechtzeitig herauszuziehen.

Und das zweite, was ich an der Sozialdemokratie auszuweisen habe, und was sie unterscheidet von anderen Parteien es tritt das ja bei den Herren, wenn sie bei uns sind, nicht so hervor, aber in der Presse kommt es vor, in ihrer Agitation, in ihren Broschüren und ihren Büchern, das ist ihre gegensätzliche Stellung oder wenigstens ihre durchaus abgeneigte Stellung gegen alle Fragen der nationalen Macht und Ehre; das ist ferner ihre abgeneigte Stellung gegen das Haupt unseres Staates, gegen die monarchische Staatsverfassung, auf die wir im deutschen und in unserem engeren Vaterlande stolz sein können und die für uns geradezu die Garantie eines tüchtigen und umsichtigen Fortschrittes ist. Und das Dritte, was ich an ihr tadeln muß, das ist ihre Stellung zu den religiösen Fragen. (Abg. Fendrich: Na, na!) Unter der Maske: Religion ist Privatsache, strebt die Sozialdemokratie — nicht hier in diesem Hause —, aber in ihren Zeitungen und Broschüren — ich lese sie — und in ihrer Agitation strebt sie dahin, dem deutschen Volke alle ideale Gesinnung zu verleiden, die noch etwas größeres kennt als lediglich das wirtschaftliche Leben, als lediglich die äußeren Naturgesetze, die etwas höheres kennt über dem Menschen, eine große sittliche Ordnung; die sucht sie dem Menschen zu verleiden. Und darum ist meiner Ansicht nach auch von diesem dritten Gesichtspunkte aus die Sozialdemokratie eine gefährliche Partei. Solange sie von der Erstrebung dieser drei Ziele keinen Gebrauch macht, glaube ich, solange sie eine radikale Partei bleibt — und wie in einer Familie man eine Jugend braucht, so müssen wir im Staate eine radikale Partei haben — soweit ist sie durchaus berechtigt, wenn auch niemand wünscht, daß sie eine Mehrheitspartei werde; — so lange die sozialdemokratische Partei die Funktionen einer radikalen Partei versteht, — und eine Anzahl früherer radikaler Elemente,

die bei dem Herrn Abg. Muser sitzen sollten, ist heruntergerückt zu jener — solange sie diese Funktionen versteht und solange sie sich der arbeitenden Klassen annimmt und vielfach in übertriebener Weise annimmt, — denn wer nicht übertriebenen Eifer an den Tag legt, der legt häufig auch den rechten Eifer nicht an den Tag — solange sie bloß dies thut, wird sie von uns behandelt werden, wie jede andere Partei. Solange sie sich in den Schranken des Gesetzes hält, solange sie in dieser Weise in den Versammlungen, in der Presse, in Vereinen tritt, solange sie in vernünftiger und anständiger Form Anregungen beim Landtage, bei der Regierung, bei den Behörden in allen diesen Beziehungen ergehen läßt, solange werden wir sie behandeln wie jede andere Partei und ihr vollste Freiheit lassen, ihre Kräfte zu sammeln, und insoweit wir keine Veranlassung, ihre Versammlungen anders überwachen zu lassen als wir das von Zeit zu Zeit unter besonderen Voraussetzungen auch gegenüber politischen Versammlungen jeder anderen Partei thun. Sobald aber die sozialdemokratische Partei es wieder unternehmen sollte, — und ich glaube, diese Gefahr ist noch nicht ausgeschlossen —, jene anderen Ziele zu verfolgen, und zwar in der Weise, daß sie auch nur ihre Vorbereitungen oder gar ihre Verwirklichung in Wort und That mit Mitteln, die nach unserem Gesetze verboten sind, in Angriff nehmen sollte, dann wird die Regierung mit aller Ruhe und Stärke und unter Anwendung aller ihr gebotenen staatlichen Mittel ihr Aufsichtsrecht und auch ihr Verhinderungsrecht gegenüber der Sozialdemokratie ausüben. (Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Fendrich wird die Sitzung um halb 3 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung Donnerstag halb 10 Uhr.